

Ansgar Klein

Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum. Der strukturschwache ländliche Raum als Herausforderung neuer Kooperationskulturen

Die Auswirkungen des ökonomischen und des demografischen Wandels sind in vielen Städten, Dörfern und Regionen Ostdeutschlands gravierend. Überalterung, Arbeitslosigkeit, Mangel an Infrastruktur und alltäglichen Dienstleistungen sind die Folge. Angebote in Bereichen wie Bildung, Kultur oder Sport, ja selbst an Sicherheit (Freiwillige Feuerwehr, Katastrophenschutz) geraten unter massiven Druck und werden eingeschränkt. Abwanderung und schrumpfende Regionen sind die zum Teil dramatischen Folgen. Vor diesem Hintergrund sind neue Kooperationskulturen im „Welfare Mix“ erforderlich, d.h. eine systematische Kooperation unter Einbringung der jeweils eigenen Ressourcen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Im Folgenden werden wesentliche thematische Ansatzpunkte für einen solchen Welfare Mix in der Engagement- und Partizipationsförderung vorgestellt (1.) sowie mit Blick auf die Rolle von Staat und Kommune wesentliche Orte und Akteure sowie die damit verbundenen institutionellen Ansatzpunkte einer nachhaltigen Engagement- und Partizipationsförderung auf dem Lande identifiziert (2.). Am Beispiel des Nachhaltigkeitsdiskurses wird schließlich deutlich gemacht, welche Bezüge in der Kooperation von Wirtschaft und Zivilgesellschaft aufzubauen sind und welche Zusammenhänge des Nachhaltigkeitsdiskurses mit der Engagement- und Partizipationsförderung bestehen und wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden sollten (3.).

1. Zentralen Ansatzpunkten für integrierte Maßnahmen der Engagement- und Partizipationsförderung

- **Bildung:** Kommunale und regionale Bildungslandschaften sind für den Bildungserfolg von zentraler Bedeutung. Der Beitrag des Engagements für die Gewinnung wichtiger Kompetenzen, aber auch für die wachsenden Herausforderungen in Übergangssituationen (Schule - Beruf; Beruf - Familienzeiten, Beruf - Sabbaticals, Beruf - aktives Alter) wächst. Ebenso werden mit Unterstützung des Engagements (Lotsen, Paten, Mentoren) auch Bildungschancen für alle gewährleistet. Das BMBF-Projekt „Lernen vor Ort“ mit seinen zahlreichen mitwirkenden Stiftungen oder auch das VHW-Projekt zu lokalen Bildungslandschaften sind hier interessante Partner.

- **Öffentliche Daseinsvorsorge:** Die Skala der öffentlichen Einrichtungen, die nur mit Hilfe des Engagements erhalten bleiben können, wächst: Sie reicht von Bibliotheken und Jugendklubs über Kultureinrichtungen bis zu Schwimmbädern. Wer sich engagiert, möchte auch zentral beteiligt sein bei maßgeblichen Entscheidungen. Innovative Lösungen sind hier besonders gefragt (siehe etwa Modellregionen des BMELV-Projektes „Landzukunft“)
- **Umwelt und Natur:** Von der Erhaltung der biologische Vielfalt und einer nachhaltigen Nutzung von Natur- und Kulturlandschaften reichen die Herausforderungen bis zu absehbaren Nutzungskonflikten von Fläche für erneuerbare Energie.
- **Bevölkerungsschutz:** Ob Freiwillige Feuerwehr, THW oder etwa DLRG: Engagierte leisten in vielen Bereichen bereits wertvolle Beiträge zu Sicherheit und Gefahrenabwehr (siehe BMBF-Projekt INKA)
- **Mobilität:** Ausgedünnte Angebote des ÖNV führen zu selbstorganisierten Antworten (etwa: „Bürgerbusse“, sogar auch: Straßenbau). Der Aufwand für Mobilität erfordert neue Kommunikationswege und Medien.
- **Erwerbsarbeit und Engagement:** Wo es keine hinreichenden Angebote an Erwerbsarbeit gibt, kann kreatives und innovatives Engagement einen Beitrag zur Generierung künftiger Erwerbsarbeit leisten. Kooperationen mit Social Entrepreneurs/Sozialunternehmen oder mit Genossenschaften könnten gute Beispiele erbringen. Interessante und bekannte Beispiele sind etwa die Dorfläden, aber das Spektrum reicht von Tourismus über Umweltschutz, Energie, Bildung, Kultur bis zu den Medien.
- **Neue Formen einer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik,** die auf Basis freiwilliger Beteiligung Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich als Orte des Kompetenzgewinns nutzt und mit guter Fortbildung für Bedarfe der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik fortentwickelt, könnten angestoßen oder verstärkt werden.
- **Das Corporate Volunteering (CV)** von Mitarbeiter/-innen von Unternehmen leistet nicht nur wichtige Beiträge zur Kompetenzgewinnung und Personalentwicklung, sondern auch für die Zivilgesellschaft oder für die Standortbildung. CV sollte daher systematisch als Projektbestandteil eingeplant werden.

Die skizzierten Herausforderungen können Land und Landkreise/Kommunen nur in neuen Kooperationskulturen bewältigen. Neben der Wirtschaft ist hier jedoch die Bedeutung der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure noch immer nur unzureichend profiliert worden. Insbesondere in strukturschwachen Regionen kann bürgerschaftliches Engage-

gement wichtige Impulse und Beiträge für notwendige, zukunftsorientierte Entwicklungen leisten.

2. Orte und Akteure des Bürgerschaftlichen Engagements mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklungsperspektive

- **Schulen:** Die Schulentwicklung beginnt erst damit, die Schule als einen zentralen Ort der Bürgergesellschaft zu erkennen. Die hier geführten neueren Fachdiskussionen einer für Engagement und Zivilgesellschaft strategisch geöffneten Institution Schule werden in dem eben erst in der BBE-Buchreihe erschienen Band „Schule der Bürgergesellschaft“ vorgestellt (Hartnuß/Hugenroth/Kegel 2013).
- Die Bedeutung der **Vereine** im strukturschwachen ländlichen Raum kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie stellen im Sinne des Soziologen Robert Putnam wesentliche Orte der Sozialkapitalbildung dar und bilden – zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr – den Kern des Assoziationswesens im ländlichen Raum. Die durch Strukturschwäche des ländlichen Raums entstehenden Erwartungen und Aufgaben für die Vereine erfordern eine systematische Fortbildung der Kompetenzen und eine Stärkung ihrer Arbeitsformate und -mittel. Zu den gezielt einzubindenden Vereinen gehören neben dem Sport und der Freiwilligen Feuerwehr bestehende Jugend- und Senioren- sowie Umwelt- und Kulturvereine. Hinzuweisen ist auf den Vorteil der Einbindung der bestehenden Verbands- und Dachverbandsstrukturen auf Landes und ggf. Bundesebene.

Verwaltung und Politik: Die Stärkung regionaler politischer Diskurse, so hat das Projekt „Medien auf dem Land“ deutlich gemacht, begegnet häufig einem parteipolitisch motivierten Misstrauen. Leitbilder der „Bürgerkommune“ (Bogumil/Holtkamp 2002) sind für den ländlichen Raum und die Ebene der Landkreise zu übersetzen und anschaulich zu machen, d. h. hier steht die Frage im Vordergrund, wie Engagement und Partizipation mit einer deutlich vertieften Kultur und Praxis der lokalen wie regionalen Kooperation im Bereich der Daseinsfürsorge strukturell und prozedural verbunden werden können. Bürgermedien können hier eine wichtige Rolle einnehmen, indem sie die politischen Diskurse und die Anliegen und Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer Berichterstattung zusammenführen. Für die gewählten Mandatsträger sind Einführungen und Vertiefung von Leitbild und Praxis der Bürgerkommune konkret anschaulich zu machen. Hier liegt auch eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung (Bundes- und Landes-

zentralen für politische Bildung). Für die Verwaltung gilt es, die Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Auftraggeber wie als Koproduzenten von wichtigen Angeboten zu verstehen, zu akzeptieren und schließlich auch systematisch zu unterstützen. Hierfür sind gute Beispiele gelungener Kooperation besonders hilfreich und auch im Rahmen der Verwaltungsbildung wäre hier nachzufassen. Besonders bedeutsam wären Angebote auch in einer kommunalen Homepage. Konkret nehmen die Landkreise im ländlichen Raum eine zentrale Stellung ein – mit dem Deutschen Landkreistag und den jeweils einzubeziehenden Landräten sowie mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wäre für eine nachhaltige Entwicklung der Austausch zu kontinuierieren.

Unternehmen: Der Diskurs über die Engagementförderung durch Unternehmen ist in vollem Gange. Er steht auch im Mittelpunkt des ersten Engagementberichts der Bundesregierung und wird seit 2011 etwa auch durch Thementage des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zur Engagementförderung durch Unternehmen vertieft und anschaulich gemacht (siehe dazu etwa die Magazine „Engagement macht stark“ der BBE-Aktionswoche 2013: BBE 2013)

Die Förderung des Engagements der eigenen Mitarbeiter im Rahmen von Corporate Volunteering, die Entfaltung der standortbezogenen Unterstützung für Zivilgesellschaft und Engagement im Rahmen von „Corporate Citizenship“ und die Profilierung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen im Rahmen von „Corporate Social Responsibility“ bieten hier die Bezugspunkte.

Im ländlichen Raum wird man in der Regel mit kleinen und mittleren Unternehmen zu tun haben. Ansprachen können über die IHK-Struktur, aber auch über spezielle Mittlerorganisationen (UPJ mit seinem Runden Tisch für Unternehmen in Brandenburg, die Bertelsmann Stiftung mit dem „Unternehmen in der Region“ etc.) erfolgen.

Kooperationsmöglichkeiten und -chancen bestehen hier in der ganzen Breite der Themen – von der Versorgung mit Lebensmitteln („Dorfladen“, „Tafeln“) über die Verkehrsangebote (etwa „Bürgerbusse“) bis hin zum Engagement der Mitarbeiterinnen in ausgewählten Projekten.

- **Infrastruktureinrichtungen der Engagement- und Partizipationsförderung** sind als Partner nachhaltig einzubinden. Hier ist eine Ansprache auf Landesebene dringend anzuraten und mit diesen Kontakten dann die lokale und regionale Ansprache zu realisieren. Einzubeziehen sind die Freiwilligenagenturen und -zentren, die Seniorbüros, die Selbsthilfekontaktstellen, die Bürgerstiftungen sowie die Mehrgenerationenhäuser. Die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung müssen

sich auch als Infrastruktureinrichtungen der Partizipationsförderung wie der Medienkompetenzen verstehen. Insgesamt sind sie als „zivilgesellschaftliche Entwicklungsagenturen“ anzusprechen (für einen Überblick: Wolf/Zimmer 2012).

Zu den zentralen Aufgaben, die hier nach Möglichkeit anzusiedeln wären, gehören:

- Vernetzung über die Sektoren hinaus (Politik und Verwaltung, KMU, Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen, Medien und Wissenschaft) und über die zivilgesellschaftlichen Bereiche (Soziales, Sport, Kultur, Umwelt, Lokales etc.)
- Beratung
- Vermittlung von Möglichkeiten, sich zu engagieren
- Fortbildungsvermittlung
- Förderprogramm-Vermittlung (Bundes- und Landesprogramme, Europäische Fördermittel, Stiftungen)

Allerdings wären dazu derartige Einrichtungen zu stärken, ggf. auf Landkreisebene überhaupt erst aufzubauen.

- **Medien:** Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement benötigen die Medien als Orte der Information, Orientierung, Anerkennung, für Erfahrungsaustausch und Mobilisierung. Gerade im strukturschwachen ländlichen Raum sind die etablierten Medien wie Tageszeitungen auf dem Rückzug. Daher sind die Vermittlung von Medienkompetenz und crossmediale Medienkooperationen zwischen Tageszeitung, Amtsblatt, Anzeigenblättern, Jugendpresse und andere Bürgermedien (Bürgerradio, Offene Kanäle) anzustreben. Schulen wie auch Landesmedienanstalt und die Landesrundfunkanstalten, aber auch die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, die VHS und die außerschulischen Träger der Erwachsenenbildung sollten ihre Kooperationen synergetisch entwickeln, um Medienkompetenzen und Büe4rInnen-Journalismus zu entwickeln u8nd zu fördern. .

3. Der Diskurs der Nachhaltigkeit und eine gemeinsame Agenda von Zivilgesellschaft und Wirtschaft

In der internationalen Diskussion sind seit der Konferenz von Rio 1991 die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Entwicklung, zwischen sozialen und ökologischen Problemperspektiven thematisiert und ausgeleuchtet worden. Deutlich wurde: Der Brückenschlag zwischen lokalen Erfahrungen und globalen Entwicklungen ist zwingend erforderlich, um mit den je eigenen Möglichkeiten praktisch wie konzeptionell Beiträge

zu einer nachhaltigen, d.h. ökologischen wie auch sozialen Entwicklung der Gesellschaft leisten zu können.

Im Diskurs der Zivilgesellschaft (Klein 2001; Deutscher Bundestag 2002) steht zumeist das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft im Zentrum der Aufmerksamkeit. Hier setzen die aktuellen Diskussionen der Engagement- und Demokratiep politik an, um Rahmenbedingungen, Ermöglichungsbedingungen und Infrastrukturbedarfe zu thematisieren. Doch muss das Verhältnis von Wirtschaft und Zivilgesellschaft wieder stärker ins Zentrum gerückt werden. Längst im Gange sind seitens der Wirtschaft Diskurse über die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen, über Corporate Social Responsibility, über Corporate Citizenship und Corporate Volunteering.

Einen Eindruck über die empirischen Dimensionen des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen vermittelt der Engagementbericht der Bundesregierung: „Mindestens 11,2 Milliarden Euro investieren, vorsichtigen Schätzungen auf Basis dieser repräsentativen Umfrage zufolge, die deutschen Unternehmen, um sich freiwillig über die gesetzlichen Vorgaben hinaus für die Gesellschaft zu engagieren. Dabei sind finanzielle Zuwendungen mit 8,5 Milliarden Euro die wichtigste Form des Engagements. Rund die Hälfte der Unternehmen engagiert sich mit Sachspenden (1,5 Milliarden Euro). Die Kosten der unentgeltlichen Überlassung betrieblicher Infrastruktur belaufen sich auf 900 Millionen Euro. Noch wenig verbreitet, aber beliebter werdend ist die Freistellung von eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ehrenamtliche Tätigkeiten „Erster Engagementbericht 2012 – Monitor, S. 22)

Doch diese Dimension der unternehmerischen Engagementförderung wird begleitet von neuen Kooperationsformen von Unternehmen und Zivilgesellschaft.

3.1 Nachhaltigen Transformation: Entwicklung eines Welfare Mix

Es entstehen neue Arbeitsteilungen und Kooperationen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Und es kommt zu immer mehr Kooperationen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Lösung gesellschaftlicher Anliegen. Die Sozialwissenschaft (Evers/Olk) beschreibt diese Entwicklung als eine Entwicklung vom „Wohlfahrtsstaat“ hin zur „Wohlfahrtsgesellschaft“. Und sie bezeichnet die wachsenden Kooperationen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als „Welfare Mix“, als eine zunehmende Koproduktion der drei Sektoren bei der Erstellung sozialer Güter.

Gestaltungsherausforderungen des Welfare Mix

Während die Wirtschaft Geld und die Politik Macht mitbringt, bringt die Zivilgesellschaft die „Ressource“ des bürgerschaftlichen Engagements ein, unauflösbar verbunden mit einem gestaltungsbezogenen Eigensinn und einer Orientierung auch an öffentlichen Anliegen und gemeinsinnigen Kriterien.

Für die Politik, so die Erwartungen, entstehen aus den neuen Kooperationen des Welfare Mix neue Gestaltungsaufgaben. Für die Wirtschaft entstehen neue Märkte, aber auch neue praktische Rollen gesellschaftlicher Verantwortung. In der Zivilgesellschaft entstehen zum einen innovative Formen des bürgerschaftlichen Engagements mit Bezug auf die Welt der Wirtschaft, aber es lassen sich auch Ökonomisierungsprozesse beobachten, die das Engagement und den Dritten Sektor kolonialisieren. Diese ambivalenten Dynamiken möchte ich näher ausleuchten.

Bürgerschaftliches Engagement im Welfare Mix: Konstruktive Perspektiven

Die Zugänge des Engagements zu Themen der Wirtschaft sind motiviert von Gestaltungsbedarfen und gesellschaftlichen Problemlösungen. Einige Beispiele :

- Im Bereich der internationalen Solidaritätsbewegung sind Fair Trade und Eine Welt-Läden Ausdruck und Form des Engagements
- Dorfläden im strukturschwachen ländlichen Raum werden zu Kristallisationspunkten eines Kampfes um den Erhalt intakter Kommunen
- Bürgerbusse bieten eine Antwort auf Mobilitätsdefizite
- Das Engagement für Umwelt und Ökologie verbindet sich im Kontext der Energiewende mit dezentralen Formen der Energieerzeugung („Energiedörfer“)

Genossenschaften: Im Zusammenhang mit der ökonomischen Umsetzung zivilgesellschaftlicher Gestaltungsbedarfe erfahren ehrwürdige Formen der Kooperation in der Wirtschaft wie etwa die Genossenschaft neue Konjunkturen. Das aktuelle und sehr lebendige Diskursfeld bietet uns zahlreiche weitere Stichworte: etwa Tauschringe, Regionalgelder, neuen Modelle der geteilten Nutzung („Sharing Economy“), dezentrale Produktionskonzepte, Bürgeraktien: Und es gibt neue Zusammenhänge von Engagement und Konsum. Der „politische Konsum“ begreift den reflektierten Kaufakt mit Blick auf die Produktionsbedingungen von Gütern als einen politischen Akt, der bei wirtschaftlichem Fehlverhalten den Güterkauf verweigert und den Warenkauf als einen Akt der Zustimmung zur Art und Weise der Produkterstellung begreift, die jederzeit entzogen werden kann..

Bürgerschaftliches Engagement und die Erzeugung öffentlicher Güter: Der wachsende Einbezug des bürgerschaftlichen Engagements in ökonomische Abläufe und Prozesse erfordert auch normativ eine Klärung der Bezüge. Thomas Olk und Birger Hartnuß haben dafür plädiert, in ein modernes Grundverständnis des bürgerschaftlichen Engagements das Konzept der „öffentlichen Güter“ stärker einzubeziehen. Der Bezug des Engagements auf öffentliche Güter erläutert den Gemeinwohlbezug mit Blick auf ökonomische Prozesse: Hier geht es um die Frage, „ob die Bürger fähig sind, immer wieder

auch Interessen zu verfolgen, die über ihre unmittelbaren Eigeninteressen hinausgehen und den Angehörigen anderer Gemeinschaften sowie dem übergeordneten Gemeinwohl nützen. Dies würde bedeuten, dass die Organisation eines Straßenfestes, die Mitwirkung an der Errichtung eines Kindergartens oder der Aufbau eines Gemeindezentrums in diesem Sinne als bürgerschaftliches Engagement gelten können, da diese Aktivitäten zur Erzeugung und Vermehrung öffentlicher Güter beitragen und damit das Gemeinwohl bereichern.“ (Olk/Hartnuß 2011: 158)

3.2. Zum Zusammenhang der Diskurse von Nachhaltigkeit und Engagementförderung

Das Konzept der Tätigkeitsgesellschaft: Engagement wird im Zusammenhang mit den Diskussionen um die „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ als Zugang zu einem erweiterten Begriff der Arbeit verstanden. Das Konzept der „Tätigkeitsgesellschaft“ versteht Engagement als eine Ausweitung des Spektrums identitätsstiftender und produktiver Tätigkeiten und als einen Beitrag, um die „Probleme der Engführung der Sinnsuche und Teilhabe auf dem Erwerbsarbeitsmarkt .zu überwinden“ (Olk/Hartnuss 2011: 147).

Aus der Sicht der einzelnen Engagierten handelt es sich bei ihrem Engagement in erster Linie um eine Tätigkeit, die Lebenssinn und individuelle Befriedigung von Bedürfnissen nach Anteilnahme und Wertschätzung verspricht.

Aus der Sicht von sozialen Diensten und gemeinnützigen Organisationen wird aber die Gestaltungskraft des Engagements in Einrichtungen oft als eine ökonomische Ressource genutzt, die dazu beiträgt, Kosten zu sparen und Finanzknappheit zu bewältigen. Aber wer freiwillig seine Gestaltungskraft anbietet und einsetzt, möchte Anerkennung und Wertschätzung erfahren und vor allem auch mitentscheiden. Daher sind die Mitbeteiligung und die Entwicklung einer demokratischen Kultur und Praxis in den Einrichtungen und Verbänden selbst ein bedeutendes Thema. Der innere Zusammenhang von Gestalten und Entscheiden muss allen Beteiligten bei der Arbeit mit Engagierten klar sein. (BBE 208 und 2012; Klein/Fuchs/Flohe 2011)

Ressource ohne Eigensinn? Instrumentelle Zugriffe auf Engagement: Bürgerschaftliches Engagement steht vor großen Herausforderungen. Kommunen und Einrichtungen der sozialen oder kulturellen Arbeit beanspruchen das Engagement zunehmend als Ressource vor dem Hintergrund zurückgehender monetärer Möglichkeiten. Doch das Engagement ist eigensinnig, benötigt als essentiellen Teil der Anerkennung Selbstwirksamkeitserfahrungen, Beteiligung und Kooperation auf „Augenhöhe“. Hier geht es längst um die Alternative, das Engagement instrumentell als Lückenbüßer für rückläufige öffentliche und gemeinnützige Haushalte zu betrachten oder als eigensinnige Ressource der Zivilgesellschaft.

Monetarisierung des Engagements als Gefahr: Engagement soll, so das Grundverständnis seit der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002) unentgeltlich, freiwillig und gemeinwohlbezogen sein. Wir wissen zugleich aber auch, dass für einen Teil der Menschen in der Unentgeltlichkeit ein Problem liegt. Denn: Das sich Einbringen in ehrenamtliche Tätigkeiten setzt existenzsichernde eigene Ressourcen voraus.

Engagement in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: Risiken und Chancen

Ein engagementpolitisch stark diskutiertes Phänomen sind die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem sogenannten Hartz IV-Gesetz. Diese neuen Gesetze und Maßnahmen enthalten nicht nur die in der Öffentlichkeit viel diskutierte Kombination von „Fordern und Fördern“ sondern sie spekulieren zum Teil auch auf das positive Image, das mit gemeinnütziger Arbeit und freiwilligem Engagement in der Öffentlichkeit verbunden ist. So werden etwa die so genannten Ein-Euro-Jobs als eine Form der gemeinnützigen Arbeit propagiert, die sowohl die Integrationschancen benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt als auch die Schließung von Versorgungslücken in der Pflege und Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur verspricht.

Tatsächlich werden aber die erheblichen Integrationspotenziale solcher gemeinnütziger Tätigkeiten für den Arbeitsmarkt nicht ausgeschöpft, da eine sorgfältige Trennung des Einsatzes von Instrumenten des Zwangs und der Drohung von möglichen integrativen Maßnahmen einer Verbesserung von Beschäftigungschancen durch freiwilliges Engagement nicht erfolgt. Hier wären konstruktive Alternativen aufzuzeigen, die belegen können, dass es in vielen Fällen des Zwangs nicht bedarf, um eigentlich erwerbsarbeitsbereite Langzeitarbeitslose durch neue Formen gemeinnütziger Arbeit und freiwilligen Engagements in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Erwerbsarbeit und Engagement haben oft fließende Übergänge. Gerade deswegen brauchen wir für die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft und einer Ökonomie, in der sich zunehmend Kooperationsformen mit der Zivilgesellschaft entwickeln, trennscharfe Kriterien beider Bereiche, um die Übergänge gezielt und angemessen unter Respekt eines eigensinnigen Engagements gestalten zu können.

Perspektiven

Neue Partnerschaften nötig: In den kommenden Jahren besteht Anlass für einen intensivierten fachlichen und politischen Austausch zwischen Verbraucherorganisationen, Engagementförderern und Wirtschaftsförderern sowie der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Der Transformationsprozess erfordert ein besseres Verständnis der gesellschaftlichen Sektoren und ihrer Handlungslogiken als Voraussetzung verbesserter und nachhaltiger Kooperationsformen.

Zusammenfassung

Engagement- und Partizipationsförderung müssen insgesamt für den (strukturschwachen) ländlichen Raum einen größeren Stellenwert einnehmen. Dabei geht es um die systematische Entwicklung einer Synergie- und Kooperationskultur/-praxis. Voraussetzungen dafür sind sektor- und bereichsübergreifende Netzwerke; als Knotenpunkte für die Koordination und Begleitung sind spezifische Infrastruktureinrichtungen der Engagement- und Partizipationsförderung nachhaltig zu entwickeln. Die Förderkonzepte sollten systematisch die Ebenen des politischen Raumes und die bereichsspezifischen Förderansätze und -geber verbinden zu einer eigenen Förderstrategie für den strukturschwachen ländlichen Raum. Die Entwicklung einer Kooperationskultur zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft und der Rückgriff der Engagement- und Partizipationsförderung auf den Diskurs der Nachhaltigkeit machen zentrale Themen der zukünftigen Debatte und eine gemeinsame Agenda auch von Zivilgesellschaft und Wirtschaft deutlich. Dazu gehören vor allem die Anerkennung des Eigensinns von bürgerschaftlichem Engagement und eine nicht instrumentelle Nutzung dieses Engagements im Welfare Mix, eine auf strikter Freiwilligkeit beruhende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik immer dort, wo es Engagement als Bildungsort und Ort des Gewinnung sozialen Kapitals fruchtbar zu machen gilt, sowie ein neuer Diskurs über die Bedeutung öffentlicher Güter

Literatur:

BMBF: Professionelle Integration von freiwilligen Helfern in Krisenmanagement und Katastrophenschutz (INKA)

BMELV 2012: Modellvorhaben LandZukunft. Preisträger und Sonderprojekte, Berlin

BMFSFJ 2012 (hg.): Für eine Kultur der Mitverantwortung" - Erster Engagementbericht der Bundesregierung, Berlin:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=188026.html>

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (HG.) 2008: Engagement und Erwerbsarbeit.- Dokumentation einer Fachtagung am 8. und 9. November 2007 in Berlin, Berlin,. 188 Seiten; <http://www.b-b-e.de/publikationen/publikationen-be-erwerbsarbeit/>

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)/Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS)(Hg.) 2012: Engagement und Erwerbsarbeit in Europa. Organisations- und gesellschaftspolitische Herausforderungen und Modelle, elektronische Publikation, (<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/engagement_erwerbsarbeit_europa_2012.pdf](http://www.fes.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/engagement_erwerbsarbeit_europa_2012.pdf))

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 2013: Engagement macht stark, Hefte 1/2013 und 2/2013, Berlin, BBE-Eigenverlag

Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2002: Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis. Erarbeitet für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn:

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01431.pdf>

Bosch Stiftung: Neulandgewinner – Zukunft erfinden vor Ort

Cremer, Will/Klein, Ansgar 1990: Heimat in der Moderne, in: dies. (Hg.): Heimat, Analysen, Themen, Perspektiven, 2 Bde., Bielefeld-Bonn: Westfalen-Verlag und Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 294 I/II), 33-55

Deutscher Bundestags/Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002: Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen: Leske+Budrich

Deutscher Bundestag: Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume, zugeleitet durch das BMELV am 21. Januar 2012, Drucksache 17/8499

Hartnuß, Birger/ Hugenothe, Reinhild/ Kegel, Thomas (Hg.) 2013: Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, Buchreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement („Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“, Bd. 2)

Klein, Ansgar 2001. Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung, Opladen: Leske+Budrich

Klein, Ansgar/Fuchs, Petra/Flohé, Alexander (Hg.) 2011: Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Reihe „Hand- und Arbeitsbücher“ Bd., 19, Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin,

Klein, Ansgar/Kwiatkowski, Katrin/ Lüter, Albrecht/ Scholz, Sophie/ Rupprecht, Christoph 2013: Social Media: Motor einer neuen Bewegungs- und Partizipationskultur? (Editorial), in: FJSB, 26 (2013) 2, 3-11

Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna Hg. 2014: Jahrbuch Engagementpolitik 2014. Engagement- und Demokratiep Politik, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2014, 237 S., Schwalbach/Ts.

Olk, Thomas/Hartnuß, Birger 2011: Bürgerschaftliches Engagement, in: dies. (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement, S. 145-161

Wolf, André Christian/ Zimmer, Annette 2012: Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden 2012

Der Autor

Klein, Ansgar, geb. 1959, Diplom in Soziologie (Universität Frankfurt), Promotion in Politikwissenschaft (FU Berlin), Habilitation in Politikwissenschaften an der Universität Bremen; Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und Fellow des Maecenata-Instituts.

Langjährige Tätigkeiten als Publizist und in der politischen Bildung. 2000-2002 wiss. Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Seit August 2002 (Gründungs-) Geschäftsführer des „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagements“ (BBE). Geschäftsführender Herausgeber des 1988 gegr. Forschungsjournal Soziale Bewegungen im Verlag Lucius & Lucius (Stuttgart), der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ im Springer VS-Verlag (Wiesbaden) und der BBE-Schriftenreihe „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“ im Wochenschau-Verlag (Schwalmbach/Ts.).